

Die Signale und der Lärm

Welche Schlüsse lassen sich aus der Kommunalwahl in NRW für das Bundestagswahljahr ziehen? | Von Frank Decker

Gibt es in der Bundesrepublik Landtags- oder Kommunalwahlen, gehören die Deutungskämpfe um deren bundespolitische Bedeutung zum festen Ritual. Wer bei den Wahlen gut abschneidet – was auch heißen kann, dass er weniger Verluste einfährt als befürchtet –, wird den „Erfolg“ eher der Situation vor Ort zuschreiben, wer schlecht abschneidet, sich über die fehlende Unterstützung der Bundespolitik beklagen.

Die Deutungskämpfe finden nicht nur zwischen, sondern auch in den Parteien statt. So beeilten sich Friedrich Merz und Norbert Röttgen noch am Wahlabend, viel Schlechtes in das CDU-Wahlergebnis hinzulesen, während ihr Konkurrent um den Parteivorsitz, NRW-Ministerpräsident Armin Laschet, dasselbe Ergebnis ebenso selbstverständlich als Bestätigung seiner eigenen Politik und Person lobte. Die journalistischen und professionellen Beobachter gaben Laschet dabei mehrheitlich recht und sprachen von Rückenwind für dessen Kanzlerambitionen.

Doch stellt die Wahl tatsächlich mehr als nur eine Momentaufnahme dar, sodass man aus ihr solche Schlüsse ziehen könnte? Um diese Frage zu beantworten, muss man die drei Faktoren etwas genauer betrachten, die für den Ausgang der Rats- und Bürgermeisterwahlen in NRW hauptverantwortlich sind und die auch das Ergebnis der Bundestagswahl im kommenden Jahr bestimmen werden: Personen, Themen und Koalitionen.

Die Bedeutung des personellen Faktors liegt gerade bei den Bürgermeisterwahlen auf der Hand. Wo sie den Amtsinhaber stellte oder populäre Herausforderer ins Rennen schickte, konnte auch die SPD vielerorts punkten. Allerdings wirkte sich das nicht immer positiv auf die getrennt stattfindenden Ratswahlen aus. Auf der Bundesebene, wo mit der Wahl des Bundestages zugleich über die Regierungsmehrheit entschieden wird, ist die personelle Konstellation zurzeit noch völlig unklar. Wen werden der Union und wen die Grünen gegen den bereits feststehenden SPD-Kandidaten Olaf Scholz aufbieten?

Selbst wenn Laschet eine überzeugende Wahl zum CDU-Vorsitzenden gelingt, ist ihm die Kanzlerkandidatur solange nicht sicher, wie er in den Umfragen hinter anderen möglichen internen Konkurrenten wie Markus Söder zurückliegt. Und ob der Unionskandidat, wenn er im Frühjahr feststeht, dieselbe Zugkraft entwickeln kann wie Angela Merkel, bleibt ebenfalls eine offene Frage. Für deren Beantwortung dürfte auch das Auftreten der möglichen Gegenkandidaten eine maßgebliche Rolle spielen. Scholz erfährt gerade, wie schnell Rückenwind sich in Gegenwind verwandeln kann – siehe Wirecard und Warburg Bank.

Verlässlicher prognostizieren lässt sich die Themenagenda. Obwohl die Corona-Krise seit März 2020 die Politik in der Bundesrepublik dominiert, stehen aus Sicht der Wähler nicht die Abwehrmaßnahmen gegen die Pandemie oder ihre Folgen für die Wirtschaft, sondern der Klimaschutz als wichtigstes Problem ganz oben – auch bei der Kommunalwahl in NRW. In den Großstädten folgt das damit eng verbundene Thema Verkehrswende gleich danach auf Platz zwei. Vieles spricht dafür, dass das im kommenden Jahr so bleiben wird. Dies wäre vor allem für die Grünen eine gute Nachricht, die darauf hoffen können, ihre bisherigen Werte von um die 20 Prozent halten und sich womöglich als zweite Kraft im Parteiensystem dauerhaft vor die SPD setzen zu können.

Bleibt als dritter Faktor die Koalitionsbildung. Auch dort hält die Kommunalwahl in NRW interessante Lehren bereit, indem sie auf die Schlüsselrolle hinweist, welche die Grünen bei der Regierungsbildung mittlerweile einnehmen. Nicht nur, dass sie in einigen Städten wie Aachen oder Bonn gute Chancen haben, nach den Stichwahlen in der kommenden Woche selbst die Bürgermeister zu stellen. Auch bei der Wahl von CDU- oder SPD-Kandidaten und der Bildung von Mehrheiten in den Räten führt an ihnen kaum ein Weg vorbei. Weil die Grünen für Bündnisse mit der Union längst genauso offen sind wie für solche mit den Sozialdemokraten, entscheiden sie de facto darüber, wer die Regierung anführt.



Gewinner oder Verlierer? Armin Laschet

Dass Union und Grüne 2021 gute Chancen haben dürften, eine gemeinsame Mehrheit (ohne die FDP) zu erreichen, zeichnet sich bereits ab. Doch würden sie diese auch nutzen, wenn sie gleichzeitig die Möglichkeit hätten, eine Regierung mit der SPD und den Linken oder der SPD und den Liberalen zu bilden und diese vielleicht selbst anzuführen?

Nimmt man die miteinander verbundenen Schlüsselfaktoren – Kandidaten, Themenagenda und Koalitionsbeziehungen – zusammen, bleibt der Ausgang der kommenden Bundestagswahl in fast jeder Hinsicht ungewiss. Sicher voraussagen lässt sich nur, dass den Umfragen in den verschiedenen Phasen des Wahlprozesses eine große Rolle zukommen dürfte. So wie sich Union und Grüne für diejenigen Personen als Kanzlerkandidaten entscheiden werden, die beim Wähler den meisten Anklang finden, so geben die im wöchentlichen Rhythmus veröffentlichten Wahlprognosen Aufschluss über die Realisierbarkeit der verschiedenen Koalitionsmodelle. Signalfunktion für den Wahlkampf gewinnen überdies die im Frühjahr anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen, deren heutige Regierungen von Ministerpräsidenten aus vier verschiedenen Parteien – Grüne, SPD, CDU und Linke – angeführt werden.

Wie rasch sich die Stimmungen innerhalb der Wählerschaft verändern können, hat die Bundestagswahl 2017 gezeigt, als die SPD mit ihrem neuen Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Martin Schulz äußert verheißungsvoll in das Wahljahr gestartet war, bevor ihre Kampagne binnen weniger Wochen kollabierte. Zumindest was den frühen Zeitpunkt der Nominierung angeht, scheinen die Sozialdemokraten aus den damaligen Fehlern gelernt zu haben. Im Unterschied zur SPD müssen die Grünen die Kandidatenfrage noch klären. Die beiden Vorsitzenden – Habeck und Baerbock – wollen das einvernehmlich unter sich ausmachen, lassen aber offen, wann. Am schwierigsten bleibt trotz ihrer aktuell strahlenden Umfragewerte die Situation für CDU und CSU. Weil Merkel eine geregelte und rechtzeitige Machtübergabe während der Legislaturperiode versäumt hat, befindet sich die Union in einer anhaltenden Führungskrise. Ob damit ihr Abschied von der Macht nach 16-jähriger Regierungszeit begonnen haben könnte, werden wir im nächsten Jahr wissen.



PROF. DR. FRANK DECKER

lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn.

Unaufgehobene Vergangenheit

Drei Jahrzehnte Wiedervereinigung: Wir müssen uns unsere Nachwendegeschichten erzählen | Von Wolfgang Engler

Ost und West driften politisch auseinander, ungeachtet ökonomischer Erfolge im Beitrittsgebiet (Wachstum, Beschäftigung, Löhne, Renten). Der Westen färbt sich in Teilen grün, der Osten blau. NSU-Komplex, Pegida, die AfD, die in den neuen Ländern einen Wahlerfolg nach dem anderen einfährt, militante Aufmärsche mit unverhüllt rassistischen Parolen – die Sorge wächst, ob das so weitergeht und die Lage kippt. Was ist da los im Osten?

Eine noch immer dominante, im Wesentlichen westdeutsche, Sicht macht die DDR für die Malaise verantwortlich, beruft sich auf die Spätfolgen der zweiten deutschen Diktatur. Anders als die Bundesbürger seien die Menschen im Osten nach 1945 binnen Kurzem von einem totalitären Regime ins nächste gestolpert. Sie hätten sich an die Übelheiten einer weithin „geschlossenen Gesellschaft“ äußerlich wie innerlich angepasst, einen kollektiven Habitus entwickelt, der unverkennbar autoritäre Züge trüge. Nach dem Aufbruch von 1989 unversehens in die „offene Gesellschaft“ entlassen, erlebten sie diese jähe Wende vielfach als Schock und klammerten sich, um damit zurechtzukommen, an ihr mentales Erbe. Derart blockierten sie die innere Ankunft im Westen, ihre Integration in die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“. Ihre Aversion gegen Neues, Fremdes und Fremde, ihre Phobien, ihr bald latenter, bald manifester Rassismus seien Ausdruck des Fortschleppens ihres in der DDR erworbenen und seither nicht abgeworfenen Gepäcks.

Fragt sich nur, warum diese toxische Mitgift im Verlauf der zurückliegenden drei Jahrzehnte gesamtdeutscher Geschichte wenn schon nicht entsorgt, so doch zumindest etwas aufgerieben wurde. Dieser Frage dadurch auszuweichen, dass man dieses Geschichtskapitel kurzerhand überspringt als wäre es keiner eingehenderen Betrachtung wert, und stattdessen stur auf die DDR als einzigen Grund des Übels rekurriert, verstärkt den Ärger zwischen Elbe und Oder.

Gewiss, die Ostdeutschen lebten bis 1989 in einer ethnisch und kulturell sehr homogenen Gesellschaft.



Nicht mehr im Programm: Kennzeichen D(DR)

Deren hochbeschleunigte Verwandlung in einen Schauplatz ökonomischer Globalisierung kultureller, religiöser Vielfalt verstörte häufig, verunsicherte, führte zu Abstoßungsreaktionen, die in den frühen 1990er-Jahren erstmals eskalierten. Dass seinerzeit vor allem Jugendliche und junge Erwachsene an der Front der fremdenfeindlichen Ausfälle standen, weist in der Tat auf die DDR zurück.

Wer deren Ansichten und Haltung unbeirrt der DDR zuschreibt, begeht einen dreifachen Fehler: Er infantilisiert die im Osten lebenden Menschen, indem er die Erfahrungen, die sie seit 1989 sammeln, für irrelevant erklärt; so, als hätten die Umstände ihres Lebens nach der DDR keine mentalen Abdrücke hinterlassen. Er betrachtet des Weiteren das habituelle Erbe der DDR nicht in seiner Widersprüchlichkeit, vielmehr eindimensional als Handicap, als Bürde. Schließlich rechtfertigt er die Fehlentwicklungen, Ungerechtigkeiten, die mit dem Umbruch einhergingen, zahllose Menschen aus der Bahn warfen, zeitweise oder auf Dauer. Die notorische Ausblendung der Nachwendegeschichte bei der Ergründung der Ursachen für die ‚Anfälligkeit‘ der Ostdeutschen schadet dem Einigungsprozess enorm.

Die Erzählungen der meisten Ostdeutschen, welche die Jahre unmittelbar nach dem Systemwechsel bewusst erlebten, kreisen bis heute um den geschichtlich beispiellosen wirtschaftlichen Kahlschlag gleich nach

dem Beitritt zur Bundesrepublik. In weiten Landstrichen verödete das Leben, kam das gesellschaftliche Miteinander beinahe schlagartig zum Erliegen. Die Stützpunkte des geselligen Verkehrs schlossen ihre Türen, das Gefühl abgehängt, Provinz zu sein, griff um sich.

Wer noch etwas vorhatte mit seinem Leben, suchte das Weite, und genau das taten Millionen Ostdeutsche seit den frühen 1990ern. Wer seine Arbeit behielt oder neue fand, schätzte sich glücklich und willigte aufgrund dieses Privilegs in außertarifliche Beschäftigungsverhältnisse ein. Ansonsten drohten prekäre Beschäftigung, Maßnahme-Karrieren oder Arbeitslosigkeit, die Metamorphose vom Citoyen zum Klienten der Behörden, Inbegriff einer großen, bis heute nicht verwundenen Kränkung.

Demokratische Grundrechte, Westbindung, soziale Marktwirtschaft – auf diesen drei Säulen stand und entwickelte sich die Bundesrepublik seit ihrer Gründung im Mai 1949. Das demokratische Gehäuse, in das die Westdeutschen einzogen, stand auf einem Fundament, das sich als tragfähig erwies. Zwar geschah kein Wunder, aber es ging kontinuierlich bergauf, und je länger der wirtschaftliche Aufschwung währte, desto mehr festigte sich das Gefühl, es im Ganzen doch gut getroffen zu haben, und so lebte man sich nach und nach in den politisch-rechtlichen Rahmen des neuen Gemeinwesens ein.

Das Drehbuch des deutsch-deutschen Einigungsprozesses seit 1990 stellte diese Abfolge in jeder Hinsicht auf den Kopf. Die Demokratie war von unten erkämpft, die Wiedervereinigung von der Mehrheit bejaht und gegen alle Einwände und Bedenken vorangetrieben. Kaum war das primäre Ziel erreicht, verbriefte Grundrechte und elementare Freiheiten für jedermann, verloren Millionen Ostler den wirtschaftlichen und sozialen Halt. *Bestimmungsgewinn* in politischer und rechtlicher Hinsicht und sozialökonomischer *Bestimmungsverlust* gingen vielfach Hand in Hand. Der Boden, auf dem man sich bewegte, gab nach, und genau das untergrub die Identifizierung mit dem Rahmen, in dem man sich bewegte. Ohne Kenntnisnahme dieses Widerspruchs wird die gesamte nachfolgende Entwicklung, wird der Rechtsruck im Osten unverstündlich.

Die Flüchtlingskrise von 2015 brachte das Fass des angestauten, lange verkapselten Unmut zum Überlaufen. „Treuhändpolitik, Hartz-Gesetze, Bankenrettung, offene Grenzen für Migranten – alles über unsere Köpfe hinweg beschlossen und ins Werk gesetzt; Schluss damit, jetzt reden wir.“ Und mit einem Mal strömten Politiker, Journalisten, Wissenschaftler in den von ihnen so lange verschmähten Osten, um herauszufinden, was da schiefläuft. „Dann haben wir das doch richtig gemacht“, sagten sich die bis dato Abgeschriebenen. „Genau das war der Zweck unseres Radikalprotestes: die öffentliche Wahrnehmung unserer Lage, der Misere, die hier herrscht.“

Die Lehre aus diesem Vorgang ist einfach, jeder, der seinen Verstand gebraucht, kann sie verstehen. Ein derart umfassender und radikaler gesellschaftlicher Umbau, wie er sich im Osten Deutschlands nach 1990 vollzog, muss in allererster Linie die Ressourcen und die Kraft der einheimischen Bevölkerung stärken. Die rapide um sich greifende sozialökonomische Demobilisierung der Ostdeutschen war ein Unglück, das sich nicht hätte ereignen dürfen, und dessen Langzeitfolgen nun das ganze Land betreffen.

Das muss besprochen werden, öffentlich, ohne Scheu und Schuldzuweisungen, sonst kippt die Lage wirklich.



PROF. DR. WOLFGANG ENGLER

ist Kultursoziologe und war bis 2017 Rektor der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ Berlin.

DER HAUPTSTADTBRIEF

Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach. Jetzt bestellen auf: www.derhauptstadtbrief.de/newsletter

DIREKT-NACHRICHT



ANNE WIZOREK

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @marthadear.

Mit Gefühl

Es brauchte Flammen und noch größeres Elend, damit sich der europäische Blick wieder nach Moria richtet. Nicht einmal die absehbare Gefahr durch Coronainfektionen war Anlass genug, um das Lager zu evakuieren. Noch im März stimmte die Bundesregierung mit großer Mehrheit gegen die Aufnahme von 5000 besonders schutzbedürftigen Geflüchteten aus den griechischen Lagern.

Moria steht exemplarisch für die deutsche und europäische Politik des Wegschauens. Wegschauens, bis man es schlicht nicht mehr ignorieren kann – nur um es doch noch ein bisschen länger zu verdrängen. Die Verhinderung humanitärer Katastrophen wird regelrecht prokrastiniert. Am Ende vergießt Europa noch nicht einmal Tränen angesichts dieser selbst verursachten Schande, sondern schießt mit Tränengas auf kleine Kinder.

Derzeit wird stets betont, dass die Debatte um Moria nicht emotional geführt werden dürfe, sondern man rational bleiben müsse. Davon abgesehen, dass diese Argumentation einen bitteren misogynen Beigeschmack hat, da Rationalität männlich und positiv konnotiert ist, während Emotionalität gemeinhin als weiblich und abzulehnen gilt – muss man sich doch auch fragen, wieso Emotionen offenbar der einzig verbleibende Hebel sind, um unsere eigentlichen Grundlagen umzusetzen? Völker- und Menschenrechte sind schließlich kein Petersilienräucherchen mit dem Untertitel „Servivorschlag“. Wozu haben wir uns darauf geeinigt, wenn sie im Fall der Fälle direkt zur Diskussion gestellt oder gar gebrochen werden?

Zuerst waren 150 im Gespräch, mittlerweile sollen 1553 Menschen der in Moria gestrandeten Menschen aufgenommen werden. Sich über eine Woche nach den Bränden mit dieser Zahlenschieberei gönnerhaft zu brüsten, obwohl noch keine einzige Person in Deutschland angekommen ist, und so viele weiterhin keine Hilfe erfahren werden, ist allerdings schamlos. Jedes Auto mit Dieselmotor wird in Deutschland schneller gerettet als ein Mensch in Not, der bereits eine lebensgefährliche Flucht hinter sich hat. Doch gerade vor ein paar Monaten noch schwarze Kacheln auf Social Media postete und vollmundig #BlackLivesMatter bekundete, muss auch in dieser Frage konsequent antirassistisch bleiben. Spätestens die aktuelle Lage in Moria muss der Anlass sein, um alle griechischen Lager sofort aufzulösen und alle dort untergebrachten Menschen ausnahmslos in Sicherheit und menschenwürdige Zustände zu bringen. #LeaveNoOneBehind.